Untaugliche Politik des großen Knüppels

Das USA-Kriegsministerium erklärte am vergangenen Wochenende, es habe die im Gebiet der Karibischen See stationierten See- und Luftstreitkräfte in erhöhte Kampfbereitschaft versetzt. Gleichzeitig gab das USA-Außenministerium offiziell bekannt, die Regierung der USA sei bereit, zum Schutz der amerikanischen Bürger und der Freiheit der Meere alle Maßnahmen gegen Kuba einzuleiten".

Mit dieser provokatorischen Drohung mischen sich die USA in unverschämter Weise in innere Angelegenheiten der Republik Kuba ein und versuchen sie an der Wahrnehmung ihrer souveränen Rechte zu hindern. Denn was hatte sich wirklich ereignet?

Am 5. und 15. Dezember hatte die kubanische Marine die Schiffe „Leila Express" und „Johny Express" aufgebracht, an deren Bord sich von der CIA angeworbene konterrevolutionäre Banden befanden, die auf Kuba landen und eindringen sollten. Wie schon unzählige ähnliche Versuche in der Vergangenheit, so wurde auch dieser jüngste von den Streitkräften Kubas vereitelt.

Die verheerende Niederlage bei Playa Giron in der „Schweinebucht" im Jahre 1961 hat den vom amerikanischen Geheimdienst ausgehaltenen konterrevolutionären Gruppen in Florida und anderswo offenbar noch nicht genügt. Sie versuchen immer wieder, ihre Agenten einzuschleusen, um die sozialistische Entwicklung in Kuba zu beeinträchtigen. Wenn man ihnen dabei aber auf die schmutzigen Finger schlägt, dann wird jedesmal ein großes Geschrei erhoben.

Die Nixon-Regierung, der das entschlossene Handeln Kubas zum Schutze seiner sozialistischen Errungenschaften ein Dorn im Auge ist, griff auch diesmal zu dem für den Imperialismus typischen Mittel der Drohung. Unter dem anrüchigen Vorwand des „Schutzes" amerikanischer Bürger – wie schon gehabt – wurde versucht, die Politik des „großen Knüppels" zu praktizieren. Die nackte Gewalt scheint dem USA-Imperialismus immer dann und immer dort das „wirksamste" Mittel zu sein, wo er gesetzmäßig Niederlagen und Schlappen hinnehmen muß.

Die USA müssen indes zur Kenntnis nehmen: Das kubanische Volk, das mit der Gemeinschaft der sozialistischen Staaten solidarisch verbunden ist, läßt sich bei der Verteidigung seines Territoriums und der Souveränität seiner sozialistischen Heimat nicht beirren und einschüchtern. M. A.

Bei anderen gelesen:

„Morning Star":

Tausende in größter Not

Über die verzweifelte Lage Tausender Werktätiger der Britischen Inseln schreibt die kommunistische Tageszeitung u. a.: „Joseph Kelly, 18 Jahre alt, war einer von 84 755 Arbeitslosen in North-East, die arbeitslos Weihnachten auf Erwerbslosenunterstützung angewiesen sind. Er zählte mit zu den 6,4 Prozent Arbeitslosen dieses Gebietes. Eines Abends kam er in Blyth nach Hause und sagte zu seinem Vater, er habe die Absicht, mit allem Schluß zu machen'. Am nächsten Morgen fand man ihn tot im Bett auf. Er hatte eine tödliche Verbindung von Alkohol und Schlaftabletten zu sich genommen. In den letzten 10 Jahren hat sich mit der Zunahme der Zahl der Arbeitslosen in North-East die Anzahl der Leute, die Selbstmordversuche unternahmen, um 300 Prozent erhöht. Viele davon waren Arbeitslose ..."

Neben den Belas-548 aus dem Minsker Autowerk (unser Bild), den GAS aus dem Autowerk in Gorki, den SIL aus dem Moskauer Lichatschow-Autowerk und den LKW anderer Autofabriken der Sowjetunion wird auch die „Kamas" aus dem Werk in Naberesshnye Tschelny zur Bewältigung der ständig wachsenden Transportaufgaben eingesetzt.

Foto: APN

An der Kama wächst größtes LKW-Werk

Mit dem Autoriesen entsteht eine moderne Großstadt

Von unserem Moskauer Korrespondenten Dieter Wolf

Am unteren Flußlauf der Kama, etwa 280 Kilometer von Kasan entfernt, war lange Zeit eine der idyllischsten Stellen am Strom. Die alten Einwohner dieser Gegend nannten sie Nabereshnye Tschelny – „Ufer der Kähne". Und die Sage berichtet, daß sie in grauer Vorzeit bei guten Jägern als besonders angenehmer Rastplatz galt. Heute entsteht hier auf einer Fläche von 100 Quadratkilometern die größte Lastkraftwagenfabrik der Welt, die mit einer jährlichen Fertigung von 150 000 LKW und 250 000 Dieselmotoren amerikanische Produktionsziffern weit in den Schatten stellen wird. Etwa drei Milliarden Rubel wendet der Sowjetstaat dafür auf. Über 30 000 Arbeiter und Techniker, Angehörige von 30 Nationen des Sowjetlandes, wollen bis 1974 das grandiose Werk beenden, das aus 15 Betrieben bestehen soll.

Um dieses Ziel zu erreichen, muß an der Kama eine wahre Arbeitsschlacht ungewöhnlicher Dimensionen geschlagen werden. Stichtag für den vollen Einsatz aller Kräfte ist der 1. Januar 1972: Allein 440 000 Tonnen Stahl für Metallkonstruktionen müssen von da an pro Jahr verarbeitet werden. In Europa gibt es z. Z. keine einzige Firma oder Unternehmensgruppe, die ähnliches zu bewältigen hat. Oder nehmen wir die Bauarbeiter: Sie haben bis Ende 1972 über eine Milliarde Kubikmeter Beton zu gießen. 120 000 Kubikmeter waren vor Jahren Rekord beim Bau des Wolgograder Wasserkraftwerkes. Ganz besondere Leistungen werden von den über 8000 Konstrukteuren des Riesenwerkes erwartet, die in über 60 bedeutenden Projektierungsbüros der UdSSR zu Hause sind. Bis jetzt haben sie bereits an viele Bauzeichnungen geliefert, daß man – sofern man wollte – die Hälfte aller Straßen der Moskauer Innenstadt damit bedecken könnte.

All diese Anstrengungen dienen dem Ziel, die Massenproduktion moderner Lastkraftwagen zu forcieren. Laut Fünfjahrplandirektiven soll der LKW-Gütertransport bis 1980 fast verfünffacht werden. Die „Kamas", wie sie schon heute genannt werden, werden dabei eine wichtige Rolle spielen.

Gemeinsam mit der französischen Firma Renault, die an der Konstruktion und Herstellung der Fließstraßen für die Dieselmotoren beteiligt ist, haben Experten des Moskauer Lichatschow-Autowerkes die neuen LKW-Typen schon auf die Versuchsstrecke geschickt. Es handelt sich vorerst um 6-Tonnen-Kipper, 8-Tonnen-LKW und 16-Tonnen-Autozüge. Man kann sie auf dem Lichatschow-Prüfgelände, unweit der Hauptstadt, tagtäglich ihre Runden ziehen sehen. Eine Kompanie erfahrener Autofahrer jagt sie bei jedem Wetter über Stock und Stein, durch Schlamm und Geröll. Auch in den mittelasiatischen Wüsten, den kaukasischen Bergen und den nördlichen Polarzonen werden sie erprobt.

Ohne Übertreibung kann man sagen: Die friedliche Schlacht an der Kama interessiert und bewegt das ganze Land. Die großen Zeitungen haben schon jetzt eigene Sonderkorrespondenten in Nabereshnye Tschelny, der Kama-Stadt, stationiert. Für die „Literaturnaja Gaseta" berichtet beispielsweise der Schriftsteller Grigori Baklanow vom größten Bauplatz des 9. Fünfjahrplans. So erfährt der sowjetische Zeitungsleser nicht nur die technischen Probleme oder die Ergebnisse des sozialistischen Wettbewerbes. Er lernt selbst die kleinen Sorgen und Nöte der neuen Einwohner kennen.

Damit hat man wirklich nicht gerechnet. Für die bisherigen Bauplätze brauchte man kein Tannenlametta für das Jolkafest zum Jahreswechsel. Denn es waren vorwiegend „Zugvögel", die dort arbeiteten und in Zelten und Sperrholzbaracken wohnten. Ihre Familien kamen, wenn sie später am Ort bleiben wollten, erst mit der Vollendung des Baues nach. Hier ist alles ganz anders. Die ersten Bauarbeiter wohnten zwar noch in angenehmen, heizbaren Eisenbahnwaggons, aber recht bald zogen sie mit Frau und Kind in die schnell entstandenen festen Häuser um. Die Schule für die Kinder der Erbauer begann bereits zwei Monate nach dem ersten Spatenstich für die Fabrik mit dem Unterricht. Jetzt gibt es in der Kama-Stadt, die Ende 1974 rund 500 000 Einwohner haben wird, schon mehr als 15 000 schulpflichtige Kinder. Daran, daß sie ganz bestimmt ihren Jolkaschmuck bekommen, gibt es keinen Zweifel. Auch ein Kinderkaufhaus wird kurz vor dem Neujahrsfest seine Pforten öffnen.

Mit besonderer Aufmerksamkeit hat die ganze sowjetische Öffentlichkeit den Aufbau der Stadt an der Kama verfolgt. „Gewöhnlich", hieß es in der Literaturzeitung, „baut man in der Provinz nach Projekten, die in der Hauptstadt ausgesagen bereits ‚verspeist' werden. Also als eine Art Abfall vom Modischen. Hier aber baut man nach dem allerneusten Stand der Weltpraxis. Die besten Architekten wurden beauftragt; und fast könnten Moskau und Leningrad neidisch werden, wie schmuck die neuen Stadtteile aussehen. Neun- bis 16stöckige, schneeweiße Wohnbauten, mit allem Komfort ausgestattet, sind Trumpf. Zwischen den Häusern entstehen moderne Ladentrakte für Lebensmittel- und Dienstleistungsgeschäfte. Filmtheater, Sportanlagen und Kulturhäuser entstehen in kühner, sachlicher Konstruktion.

Übrigens ist der künftige Technikerkern der Belegschaft, das Ingenieurtechnische Personal, zur Zeit noch in Leningrad beheimatet. An der Newa wurde vor zwei Jahren eine provisorische Hochschule speziell für die Kama-Automobilwerke eröffnet. 1974 wird diese ungewöhnliche Lehrstätte ihre Pforten wieder schließen, wenn es dann heißt: Straße frei für die „Kamas" in Naberesshnye Tschelny.

Pekinger Führer spielen dem Imperialismus in die Hände

Ein Artikel der „Prawda" zum Verrat der Maoisten an der nationalen Befreiungsbewegung

„Die Ereignisse der letzten Wochen haben der ganzen Welt erneut das Gesicht der Pekinger Führer gezeigt, der Verräter der Nationalen Befreiungsbewegung, die den Imperialismus objektiv im Kampf gegen die Freiheit, Fortschritt und Weltfrieden verteidigenden Völker unterstützen". Das schrieb am Mittwoch in der „Prawda" ihr politischer Beobachter Viktor Majewski.

Als wahrhaft lächerlich bezeichnete er die Versuche der Pekinger Führer, sich als Beschützer der „staatlichen Souveränität und territorialen Integrität", als Kämpfer gegen die „Spalt- und Wühlhandlungen" auszugeben. Im Zusammenhang damit erinnerte er an die Haltung Pekings, als der nigerianische Separatist Ojukwu, gestützt auf die Hilfe der amerikanischen und westeuropäischen Monopolisten, Nigeria zu spalten und gegen den Willen der Mehrheit der die Oststaaten besiedelnden Völker den Marionettenstaat „Biafra" zu gründen versuchte. Damals, so schrieb Majewski, haben die Spalter moralische und materielle Unterstützung von Peking erhalten, das weder die Souveränität noch die territoriale Integrität Nigerias kümmerte".

Die Völker der „dritten Welt", betonte der „Prawda"-Beobachter, überzeugen sich immer mehr davon, wie tief die Kluft zwischen den „revolutionären" Worten der Pekinger Führer und ihren reaktionären Handlungen ist. Der Gang der Ereignisse zeigt auch den wahren Preis der „Bemühungen" der Maoisten in der Organisation der Vereinten Nationen um den Frieden.

Alle Manöver der Pekinger Vertreter in der UNO bei der Debatte über den Konflikt auf dem indischen Subkontinent gingen einzig und allein von dem Ziel aus, die Leidenschaften zu erhitzen und den Konflikt zu vertiefen, hieß es in der „Prawda" weiter. Indem sie sich mit den USA solidarisierten, ermunterten die Pekinger Führer faktisch die amerikanischen Imperialisten zur bewaffneten Einmischung auf dem indischen Subkontinent unter der Flagge der Erfüllung der „Bündnisverpflichtungen" in der CENTO und der SEATO. Die Haltung Chinas war auch zweifellos einer der Faktoren, der die Schiffe der 7. USA-Flotte zum Indischen Ozean bewegte.

Die Übereinstimmung der Positionen der chinesischen Führer und Washingtons im Kampf gegen Bangla Desh, konstatierte Majewski, ist die faktische Übereinstimmung der Positionen im Kampf gegen die Völker der arabischen Länder, gegen die Völker Indochinas, Afrikas und Lateinamerikas.

Während die chinesischen Vertreter in der UNO bei der Debatte über den Konflikt auf dem indischen Subkontinent die sofortige „Feuereinstellung" forderten, was ohne Anerkennung der legitimen Rechte des Volkes von Ostbengalen nur die Fortsetzung und Vertiefung des Konflikts bedeuten konnte, so hetzten sie bei der Diskussion über die nahöstlichen Angelegenheiten die arabischen Länder zum Kriege auf und arbeiteten somit ebenfalls auf eine weitere Komplizierung des Konflikts hin.

In dem einen wie dem anderen Falle, schrieb Majewski, spielten die Maoisten dem Imperialismus in die Hände, der an der Entfesselung von Konflikten zwischen den jungen unabhängigen Staaten, an Kriegen von „Asiaten gegen Asiaten", von „Afrikanern gegen Afrikaner" interessiert ist, weil solche Kriege die Kräfte der nationalen Befreiung untergraben und zusätzliche Möglichkeiten für Neokolonialisten schaffen. Im Kampf der Kräfte der nationalen Befreiung und des Fortschritts gegen die Kräfte des Imperialismus und der Reaktion, betonte der „Prawda"-Beobachter abschließend, hat sich die Gruppe der Maoisten auf die Seite des Imperialismus gestellt, und diejenigen, die das heute noch nicht sehen, werden sich früher oder später davon überzeugen müssen. (ADN)

Destruktive Haltung in der UNO

Von den Vertretern Pekings wurde auf der XXVI. Tagung der UNO-Vollversammlung kein einziger konstruktiver Vorschlag unterbreitet. Objektiv zielte ihre Tätigkeit in der UNO darauf ab, diese internationale Organisation in die Ketten des „kalten Krieges" zurückzuversetzen, hieß es in einem am Mittwoch in der „Sowjetskaja Rossija" veröffentlichten Artikel von Professor M. Ukrainzew.

Die Anhänger Mao Tse-tungs, so stellte der Autor fest, hatten einen ganzen Packen abgegriffener Konzeptionen in das Hochhaus am East River mitgebracht, die sie im Verlauf der letzten Jahre „auffrischten", propagierten, hatten. Vor allem distanzierten sich die chinesischen Führer von der sozialistischen Staatengemeinschaft und erklärten, China gehöre zur „dritten Welt". Ferner redeten die „Anhänger Mao Tse-tungs von „zwei Supermächten", wobei sie die USA und die UdSSR provokatorisch auf eine Stufe stellten. Schließlich nahmen sie im Zusammenhang mit den internationalen Krisen, die der Kolonialismus in der UNO befaßt, eine Haltung ein, die darauf gerichtet ist, die Situation zu verschärfen und neue Konflikte zu provozieren.

Das Verhalten, das die chinesischen Vertreter während der ersten Wochen ihrer Mitgliedschaft in der UNO an den Tag legten, hieß es in dem Artikel weiter, läßt die Völker ausmerken, die an der Festigung des Friedens und der internationalen Sicherheit interessiert sind und anstreben, daß die UNO ihre Funktionen effektiv erfüllt. Internationale Beobachter stellten fest, daß die gesamte Tätigkeit Chinas in der UNO im Grunde genommen der nationalen Befreiungsbewegung schadet und daß sich im Lichte der Tätigkeit der VR China in der UNO die Versuche Pekings unsinnig und lächerlich ausnehmen, sich als Vertreter der „dritten Welt" aufzuspielen.

Die ersten Wochen der Mitgliedschaft der VR China in der UNO haben dazu geführt, stellte die Zeitung fest, daß die chinesischen Führer – die vom Großmachtchauvinismus gelenkt sind, sich die Situation in der Welt verzerrt vorstellen und in den grundlegenden internationalen Problemen eine den Interessen der Völker widersprechende, destruktive Haltung einnehmen – eine Reihe politischer Niederlagen erlitten haben. ADN)

Der Zionismus – eine Abart des Chauvinismus und Rassismus

Von Akademiemitglied M. Mitin

Im Arsenal der Mittel, die von der imperialistischen Reaktion bei der ideologischen Bearbeitung der Massen eingesetzt werden, nimmt der Zionismus – die reaktionär-nationalistische Ideologie und Praxis der jüdischen Großbourgeoisie – einen bedeutenden Platz ein.

Die Zionisten treten als leine militante Abteilung des internationalen Imperialismus auf und stützen sich auf verschiedene Organisationen in vielen Ländern. Gegen die sozialistischen Länder, gegen die internationale kommunistische Bewegung, gegen den nationalen Befreiungskampf der arabischen Völker ist zum Beispiel die Tätigkeit der sogenannten „zionistischen WEU-Organisation" mit Zentren in New York und Jerusalem gerichtet, die ihre Stützpunkte in über 60 Ländern der Welt hat.

Verstärkte Wühltätigkeit vor Zionistenkongreß

Zur Zeit treffen die zionistischen Zentren eine Reihe von Maßnahmen, um ihre Tätigkeit im Zusammenhang mit dem wegen der neuen inneren Krise des Zionismus einberufenen 28. zionistischen Weltkongreß weiter zu verstärken.

In dem Bestreben, die Klassenaufteilung der Juden zu verschleiern, die Widersprüche zwischen den reichen und armen Juden zu tarnen, behauptet die zionistische Propaganda, daß die materielle Lage der verschiedenen Schichten der Juden eine geringere Bedeutung habe als ihre „geistige Nähe", ihre historische „Gemeinsamkeit des Schicksals". Die Nation, erklären sie, ist ihrer Bedeutung nach höher als die Klasse.

Ihre Doktrin geht davon aus, daß die Juden eine „exterritoriale Nation" bilden, zu der alle Juden gehören, unabhängig davon, wo sie leben. Die Ideologen des Zionismus haben keinen Mangel an nichtssagenden Hinweisen auf die „historische Vergangenheit", den „einheitlichen Geist", den „einheitlichen Kampf" und ähnliche Wortgebilde, hinter denen kein wirklicher Inhalt steht.

Der marxistische Klassenstandpunkt ermöglicht es, das Problem der sogenannten „geistigen Gemeinsamkeit" der Juden richtig einzuschätzen. In der Tat: von welcher „einheitlichen geistigen Gemeinsamkeit" kann z. B. zwischen einem jüdischen Arbeiter des Moskauer Autowerkes und dem jüdischen Millionär Rothschild die Rede sein?

Wenn die zionistischen Ideologen von der „einheitlichen geistigen Gemeinsamkeit" der Juden sprechen, bringen sie als wichtigstes Argument die These von der einheitlichen jüdischen Nationalkultur vor. Die Juden schufen indes kulturelle Werte in verschiedenen Epochen, unter verschiedenen Gesellschaftsordnungen, wobei sie vor allem unter dem materiellen und geistigen Einfluß dieser Gesellschaftsordnungen, nicht aber irgendeiner „jüdischen Idee" standen. Die nationale Kultur der bürgerlichen Gesellschaft läßt sich nicht – will man auf dem Boden der Wissenschaft bleiben – als etwas Einheitliches betrachten. Auf die Theorie der Klassen und des Klassenkampfes gestützt, sprach Lenin von der Existenz zweier Nationalkulturen in einer Nationalkultur – von der fortschrittlichen, progressiven und der rückständigen, reaktionären.

Lenin und Gorki betonten die Rolle der fortschrittlichen jüdischen Literatur, die von tiefer Sympathie zu den armen Juden durchdrungen war und die den Zynismus und die Habsucht der reichen Juden scharf entlarvte.

Nationalistisches Philistertum der Feinde des Proletariats

Lenin schrieb: Wer direkt oder indirekt die Losung der jüdischen „Nationalkultur" aufstellt, der ist (ungeachtet seiner guten Absichten) ein Feind des Proletariats, ein Anhänger des Alten und Kastenmäßigen im Judentum, ein Handlanger der Rabbiner und Bourgeois. Und umgekehrt: Jene marxistischen Juden, die sich in internationalen marxistischen Organisationen mit russischen, litauischen, ukrainischen und anderen Arbeitern vereinigt haben und ihren Beitrag (sowohl auf russisch als auch auf jüdisch) zur Schaffung der internationalen Kultur der Arbeiterbewegung leisten, jene Juden – dem Separatismus vom Bund zum Trotz – setzen die besten Traditionen des Judentums fort und kämpfen gegen die Losung der nationalen Kultur.

Lenin brandmarkte als nationalistisches Philistertum jegliches Bestreben, der Einheit des Proletariats die Losungen der „geistigen" und aller möglichen anderen nationalen Einigkeit, die die Klassentrennung vertuschen, gegenüberzustellen.

Die Zionisten fabrizierten die sogenannte Judenfrage in der UdSSR und entstellen grob die Lage der Juden in unserem Lande. Insbesondere stellen sie den Prozeß der Assimilation der Juden verzerrt dar, betrachten diesen Prozeß als ein Übel, das beinahe nur noch mit dem Hitlerschen Programm der Judenvernichtung verglichen werden könnte.

Der durch und durch heuchlerische und zutiefst reaktionäre Charakter dieser These ist offensichtlich. Eine Verschmelzung der Nationalitäten und einzelnen Völker gibt es bereits im Kapitalismus. Unter den Bedingungen der sozialistischen und danach der kommunistischen Gesellschaft erfolgt eine immer größere freie brüderliche Einigung und Annäherung der Nationen und Nationalitäten, werden nationale und Rassenvorurteile überwunden. Ausdruck dieses Prozesses ist eben die Assimilation einzelner Nationalitäten.

Zur zaristischen Zeit wurde die jüdische Bevölkerung Rußlands gezwungen, hauptsächlich in den engen Grenzen eines genau festgelegten Territoriums ihr Leben zu fristen. Heute wohnen Juden in allen fünfzehn Sowjetrepubliken. Auf dem ganzen großen Territorium der Sowjetunion kommt es zu einer ständigen Verschmelzung verschiedener Nationalitäten.

Jüdische Bevölkerung in UdSSR nimmt aktiv am Aufbau teil

Der Sieg der Großen Oktoberrevolution und der Aufbau des Sozialismus in der Sowjetunion bestätigten die Richtigkeit der Leninschen Positionen in der jüdischen Frage. Die Revolution setzte jeglichen Erscheinungsformen antisemitischer Exzesse in unserem Lande ein Ende. In der Verfassung der UdSSR ist verankert, daß jede nationale Diskriminierung eine Verletzung der sozialistischen Gesetzlichkeit ist und als solche Handlung rechtlich verfolgt wird.

Das soziale, moralische und politische Antlitz der jüdischen Bevölkerung in der UdSSR hat sich grundlegend verändert. Sie wählte den Weg der Arbeit, der aktiven Teilnahme am Aufbau des Kommunismus gemeinsam mit allen anderen sowjetischen Völkern.

Die Evolution der zionistischen Ideologie in der Periode nach dem ersten Weltkrieg und besonders nach der Zerschlagung Hitlerdeutschlands und einer Verbündeten wurde durch sozialpolitische Veränderungen bestimmt, die mit den allgemeinen Gesetzmäßigkeiten der Entwicklung des Imperialismus im 20. Jahrhundert und mit der allgemeinen Krise des Kapitalismus zusammenhängen. Der raubgierigste und wohlhabendste Teil der jüdischen Bourgeoisie verwandelte sich in dieser Periode in eine mächtige Monopolbourgeoisie, die mit dem internationalen Monopolkapital sehr eng verbunden ist.

Bei den Versuchen, ihre Ziele zu erreichen, besonders bei der Gründung des jüdischen Staates, stützen sich die Zionisten auf das internationale Monopolkapital.

Ständige Herausforderung der arabischen Staaten

Der Staat Israel wurde mit genau festgelegten Grenzen auf Beschluß der UNO im Jahre 1948 gegründet. Doch aus der Umsiedlung aller Juden in die „Heimat der Väter", wie sich das die Zionisten dachten, ist im Grunde genommen nichts geworden, und konnte auch nichts werden. Die rassistische und chauvinistische Politik der herrschenden Kreise, die Israel zur „historischen Heimat des jüdischen Volkes" ausriefen, wurde indessen zu einer Tragödie für mehr als 900 000 palästinensischen Araber, die von ihrem Boden verjagt wurden.

Die Herrscher Israels redeten nicht nur ständig vom „Lebensraum", sondern versuchen dieses Problem auch praktisch unter Ignorierung der UNO-Beschlüsse zu lösen. Sie verwehrten den palästinensischen Arabern, in die Heimat zurückzukehren. Das war in Wirklichkeit eine ständige Herausforderung an die Araber, ein künstlich provozierter Casus belli (Kriegsvorwand). Tag für Tag betrieben die Strategen des Zionismus eine Propaganda, die darauf gerichtet war, die Annexion der arabischen Territorien zu rechtfertigen. Es folgte eine lang anhaltende Kampagne der Beeinflussung der öffentlichen Meinung sowohl in Israel selbst als auch außerhalb seiner Grenzen. Und schließlich begann 1967 die Aggression gegen die arabischen Länder, begleitet begrüßt vom internationalen Zionismus und der imperialistischen Reaktion, die die israelischen Extremisten stets unterstützt hatten.

Während der letzten zwei Jahrzehnte tasten die Herrscher Israels alles zur Festigung des engen Bündnisses mit dem Imperialismus, sie versuchten das Land in ein gewaltiges Arsenal, in einen Kriegsschauplatz, in eine feste Bastion des Westens im arabischen Osten zu verwandeln, von der Kolonialismus eine Position nach der anderen einbüßte. Die Imperialisten zeigten sich als Antwort auf die Handlungen der Zionisten nicht kleinlich. Über neun Milliarden Dollar wurden von ihnen in die militarisierte Wirtschaft dieses Landes gesteckt.

Nach Israel fließen riesige Summen „freiwilliger Spenden". Zwischen der Regierung Israels und einflußreichen reaktionären Kreisen der USA und anderer kapitalistischer Länder bestehen enge Beziehungen.

Das internationale System des Zionismus, das den herrschenden Kreisen Israels unmittelbare finanzielle Hilfe erweist, ist durchaus kein Wohltätigkeitsverein. Diejenigen, die kein „Scheckel" (Spende) zahlen, werden in den bürgerlichen Ländern von den Zionisten als Abtrünnige vom Judentum angeprangert. Die verschiedenen Spenden sind eine ständige Quelle zur Finanzierung der expansionistischen Politik Israels. Letzten Endes wird jeder Jude in den kapitalistischen Ländern, der sein Geld spendet, freiwillig oder unfreiwillig Komplize der aggressiven Pläne der herrschenden Kreise Tel Avivs und Anhänger der Politik „Großisraels".

Rassenhetze unvereinbar mit Grundlagen des Völkerrechts

Ein prominenter Führer des modernen Zionismus, Nahum Goldman, behauptet: „Sie (die Juden in verschiedenen Ländern) müssen überzeugt werden, daß sie absolut im Recht sind, wenn sie ihr Schicksal mit Israel verbinden. Sie müssen den Mut aufbringen, die Idee der Treue der Juden zu den Staaten aufzugeben, in denen sie leben."

Ähnliche provokatorische Erklärungen von zionistischen Führern rufen die Empörung der fortschrittlichen Weltöffentlichkeit, aller ehrlichen Juden hervor, die die Fähigkeit nicht verloren haben, die Welt so zu sehen, wie sie ist. Diese Erklärungen sind nicht nur ein rassistischer Wahn wütender zionistischer Politiker, sie sind unvereinbar mit den elementaren Grundlagen des Völkerrechts. Sie sind auch vom Standpunkt des nationalen Rechts eines jeden souveränen Staates aus gesetzwidrig.

Die gegenwärtige Aktivierung des internationalen Zionismus erfolgt im Zeichen eines klar ausgeprägten Antikommunismus und Antisowjetismus. Der Zionismus war immer ein Feind der Revolution, ein Feind der Sowjetmacht.

Die Sowjetfeinde und Antikommunisten aus der bürgerlichen Presse und einer Reihe jüdischer Organisationen im Westen ignorieren bewußt die Tatsache, daß in den über 50 Jahren des Bestehens der Sowjetmacht bereits mehrere Generationen sowjetischer Juden unter Bedingungen der sozialistischen Ordnung aufgewachsen und im Sinne der kommunistischen Ideale erzogen worden sind. Hunderttausende sowjetischer Juden sind Mitglieder der KPdSU, neun von zehn Juden im Alter von 14 bis 28 Jahre, etwa die mindesten ein Drittel aller sowjetischen Juden, sind Komsomolzen. Ihre Treue zur sozialistischen Heimat steht ebenso wie die Treue der absoluten Mehrheit der Parteilosen und sogar der gläubigen Juden außer Zweifel.

Im Dienste des Imperialismus und des Antikommunismus

Mit aller Bestimmtheit kann behauptet werden, daß der Zionismus heute als eine der aktivsten und wirksamsten antisowjetischen und antikommunistischen Kräfte auftritt, die im Dienste des Imperialismus stehen.

Gleichzeitig zeigt die theoretische Analyse der reaktionären philosophischen, ideologischen und sozial-politischen Grundlagen des Zionismus, daß diese Bewegung eine ernste Krise durchmacht.

Die politische Krise des Zionismus ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß seine Führer – eng mit dem außenpolitischen Kurs der herrschenden Kreise Israels verbunden – die Verantwortung für die aggressive Politik dieses Staates übernehmen, die den aktiven Protest der fortschrittlichen Kräfte der Welt auslöst.

Die moralische Krise des Zionismus zeigt sich in der totalen Abwertung der von der zionistischen Ideologie proklamierten moralischen Normen und scheinbaren Werte. Immer anschaulicher treten in der Struktur dieses ideologischen Systems antihumane rassistische Tendenzen zutage.

Die Krisenerscheinungen im Zionismus beweisen jedoch keineswegs, daß diese Bewegung bereits ihre Anhänger verloren hat und schwindet. Der Zionismus ist durchaus noch imstande, der fortschrittlichen Befreiungsbewegung der Werktätige der ganzen Welt gewissen Schaden zuzufügen. Das erfordert von der gesamten fortschrittlichen Öffentlichkeit, aktiv gegen den Zionismus zu kämpfen und die zionistischen Doktrinen zu enlarven.

(Aus „Prawda", gekürzt, Zwischentitel: ND)